

Orientierungsplan „Ja“ - Orientierungsplan „Nein“

KITA - Bündnis Baden Württemberg diskutiert als Experten im Landtag

Verlässliche Partner braucht der Orientierungsplan.

Dies war das Ergebnis der Veranstaltung und anschließenden Podiumsdiskussion über die Qualität in der Arbeit der Kindertageseinrichtungen am 2. Okt. 09 zu der das „Bündnis 90 - die Grünen“ Fr. Fritsch und Fr. Ulmer vom KITA - Bündnis Baden Württemberg als Experten geladen hatten. Geladen waren auch Agnes Christner vom Städtetag, Christiane Dürr vom Gemeindefrat - die krankheitsbedingt absagen musste- Rudolf Vogt vom KVJS, Peer Gimsch vom Landeselternrat, Prof. Ludwig Liegle vom Institut f. Erziehungswissenschaften, Tübingen und Norbert Hocke von der GEW Berlin.

Außerdem waren eine Menge Erzieherinnen und andere Gäste der Einladung nach Stuttgart in den Landtag gefolgt, saßen im Publikum und verfolgten mit Spannung den Verlauf der Veranstaltung.

Unter dem Thema Orientierungsplan ja – Orientierungsplan nein, eröffnete Brigitte Lösch, MdL und familienpolitische Sprecherin der Grünen die Veranstaltung.

Mit ihren Grußworten umriss die familienpolitische Sprecherin der „Bündnis 90 Grünen“ zunächst die aktuelle Situation in den Kindertageseinrichtungen des Landes und verschaffte mit kurzen Worten den anwesenden Zuhörern einen Überblick, in welchem Ausmaß sich weiter die Rahmenbedingungen seit der Implementierung des Orientierungsplanes verschlechtert haben. Sie wies mit klaren Worten, im Laufe der Veranstaltung mehrfach darauf hin dies dürfe keinesfalls auf dem Rücken der „Kleinen“ ausgetragen werden.

Zitat:

„Auch bei der Umsetzung des Orientierungsplans sieht Lösch das Land in der Pflicht. Ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 soll er laut Landesregierung flächenhaft implementiert werden. Lösch: „Dazu benötigen wir einen besseren Personalschlüssel. Das ist eine Pflichtaufgabe des Landes.“
Link: <http://www.brigitte-loesch.de/de/home/>

Im Anschluss sprach Prof. Dr. Ludwig Liegle vom Institut für Erziehungswissenschaften aus Tübingen über die Thematik Bildung in der Kita braucht gute Rahmenbedingungen und muss entwickelt werden. In seinen Ausführungen kam immer wieder klar zum Ausdruck es missfalle ihm wie die verantwortlichen Politiker mit den ErzieherinNEN umgehen. Mit welcher geringen Wertschätzung diesem Berufsstand, welcher hervorragende Arbeit, Leistung, hohe Motivation und Verantwortung für die Kleinsten unserer Gesellschaft zeige, Gegenübergetreten werde.

Norbert Hocke, GEW berichtete im Anschluss über die zwei Seiten der Medaille „Qualität und Orientierungsplan“. Es stehe der steigenden Qualität und Verantwortung, die niedrige Entlohnung gegenüber.

In seinen Ausführungen sprach er über die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst dem TVÖD in den letzten Jahren und dass mit dem neuen Tarifabschluss vom Sommer, zu mindest in der Hinsicht ein Durchbruch zu verzeichnen sei, dass für diese Berufsgruppe eine eigene Tarifgruppe entstanden sei. Er erwähnte auch, dass das Land derzeit lediglich 3,3 % des Gesamthaushaltes für Bildung ausgibt.

Laut eines Presseberichtes der „Stuttgarter Zeitung“ vom 10. Oktober 09, müsse die derzeitige Kindergartenförderung von 386 Millionen auf mindestens 650 Millionen Euro aufgestockt werden, um einen Teil der geforderten Verbesserungen in den rund 7.800 Kindertagesstätten und -gärten mit 434.000 Plätzen verbessern zu können.

Für Städte, Kommunen und Gemeinde, die sich grundsätzlich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen aussprechen, mache es die derzeitige wirtschaftliche Lage nicht einfach. Die immer steigenden Aufträge, Verordnungen und Gesetze die Bund und Land ihnen zuweise, stelle sie vor unlösbare Probleme angesichts leerer Kassen, wie Fr. Christner vom Städtetag ausführte.

Die anschließende Diskussion zwischen den Experten wurde von Fr. Lösch moderiert und das Publikum konnte im Anschluss dazu Fragen stellen und Meinungsbilder abgeben.

Das KITA - Bündnis Baden Württemberg vertreten durch Fr. Fritsch und Fr. Ulmer stellte im Laufe der Diskussionsrunde etliche Details auf den Prüfstand.

So erläuterte Fr. Fritsch aus einem erarbeiteten Positionspapier die umfassenden Aufgabenbereiche von ErzieherinNen / LeiterinNEN und stellte dem gegenüber die Vorbereitungszeiten und Zeiten mit den Kindern.

Klares Votum, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen - die im Übrigen seit 1970 nicht mehr verändert wurden, die Anforderungen dagegen kontinuierlich ansteigen – schon lange nicht mehr ausreichen, um eine fundierte pädagogische Arbeit in den Einrichtungen leisten zu können.

Auch auf Gegenargumente aus dem Publikum konnte mit fachlicher Argumentation eingegangen werden.

So wurde beispielsweise eingeworfen, die Gruppen seien nicht zu jedem Zeitpunkt des Jahres voll. Die klaren Ausführungen und Beispiele seitens Fr. Ulmer gaben darüber Auskunft, das mit den Veränderung der Öffnungszeiten, Profilen und Aufgaben der Einrichtungen, (Ferienbetreuung, längere Öffnungszeiten, U3, Kooperation, QHB, ESU, Sprachförderung, Elterngespräche.....) und dem üblichen Alltagsaufgaben, die Anforderungen stark gestiegen seien und diese zudem in der gleichen Zeit bewältigt werden müssen. Zeit mit den Kindern bleibt da kaum noch, obwohl dies dringend notwendig sei, denn auch hier sind die gesellschaftlichen Anforderungen an Familien stark gestiegen.

Das Publikum und die Ausführungen von Peer Giemsch und Jürgen Zimmermann vom Landeselternrat unterstützten beide Fachfrauen mit viel Zustimmung und zeigte somit klar, welche Forderungen von Seiten der ErzieherinNen und Eltern gestellt werden.

Letztlich war die unmissverständliche Botschaft dieser Veranstaltung, dass es starke Partner auf allen Seiten braucht, um der Landesregierung klar zu machen, dass sie hier in der Verantwortung steht und die Betroffenen vor Ort nicht bereit sind, sie aus dieser Verantwortung zu entlassen.

Erstmals stehen ErzieherinNEN, LER, Kommunen, Städte, Gemeinden, Landesverbände, Experten und zahlreiche Politiker auf einer Seite.

Dies sollte den Verantwortlichen zu denken geben.

Zudem haben sich ErzieherinNEN organisiert und im KITA-Bündnis Baden Württemberg eine Plattform der politischen Vertretung für ihrer Forderungen gefunden, mit der man rechnen muss.

Mit Ausflüchten und Kompromissen werden sich die Verantwortlichen hier nicht aus der Affäre ziehen können.

Wir erwarten einen Stufenplan, die Verbesserung der Rahmenbedingungen vor Ort, und nicht das Opfern des Orientierungsplans zu Gunsten des Ausbaus der Krippenplätze.

Qualität muss immer mit der Quantität steigen. Sonst muss die Regierung ihre Rechnung ohne uns auf machen.

Christel Ulmer für das KITA-Bündnis Baden Württemberg